

90 Milliarden für die Ukraine – wer profitiert wirklich?

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Dimitri Lascaris: Guten Tag, hier ist Dimitri Lascaris, ich melde mich am 25. April 2026 aus Kalamata, Griechenland, für Reason2Resist. Washingtons europäische Vasallen lassen den Champagner fließen, nachdem sie zugestimmt haben, weitere 90 Milliarden Euro in den Stellvertreterkrieg in der Ukraine zu stecken. Heute werden wir über Europas neueste Fehlinvestition sowie die aktuellen Entwicklungen im Krieg des Westens gegen den Iran sprechen. Doch bevor wir damit beginnen, denken Sie bitte daran, dieses Video zu liken und zu teilen, wenn Sie es informativ finden. Falls Sie noch keine Abonnenten sind, werden Sie es bitte. Wir haben kürzlich die Schwelle von 170.000 überschritten. Unser Ziel ist es, bis zum Ende dieses Sommers 200.000 Abonnenten zu erreichen, und Sie können uns helfen, die Reichweite unseres kompromisslosen Widerstandsjournalismus zu vergrößern, indem Sie Abonnent werden, falls Sie es noch nicht sind.

Kommen wir nun zur Sache. Vor zwei Tagen, am 23. April, gab der Europäische Rat bekannt, dass seine Mitgliedstaaten einstimmig die notwendigen Rechtsvorschriften verabschiedet hätten, um der Ukraine ein neues Hilfskreditpaket in Höhe von 90 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen. Als solches haben sie es bezeichnet – als Kredit. Wir werden gleich noch einmal auf die Frage zurückkommen, ob dies eine zutreffende Bezeichnung für diese finanzielle Unterstützung ist. Zunächst möchte ich hervorheben, dass der Europäische Rat in seinem Statement, von dem ein Teil auf dem Bildschirm zu sehen ist, feststellte, ich zitiere: „Das Darlehen wird dazu beitragen, den dringendsten Bedarf des Landes an Haushalts- und Verteidigungskapazitäten in den Jahren 2026 und 2027 innerhalb eines soliden und an Bedingungen geknüpften Rahmens zu decken. Die Finanzierung wird an strenge Auflagen für die Ukraine geknüpft sein, wie etwa die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, einschließlich der Korruptionsbekämpfung.“

Dem Rat zufolge „wird die Finanzierung auf zwei Arten bereitgestellt: 30 Milliarden Euro für makroökonomische Unterstützung der Ukraine zur Deckung der dringendsten Haushaltsbedürfnisse der Ukraine“ – was konkret bedeutet, dass die Ukraine kurz davor steht, nicht einmal mehr ihre Beamten bezahlen zu können – „und weitere 60 Milliarden Euro für

die Fähigkeit der Ukraine, in militärische Industriekapazitäten zu investieren, einschließlich der Beschaffung von Militärtechnologie und -ausrüstung. Und die Mittel werden der Ukraine Zugang verschaffen“, so der Rat, „zu militärischer Ausrüstung aus der Ukraine, der EU und anderen Drittländern“. Zweifellos wird eines dieser anderen Drittländer die Vereinigten Staaten sein, obwohl der Europäische Rat dies in seiner Ankündigung nicht ausdrücklich erwähnt – was verständlich ist, denn schließlich herrscht in Europa derzeit wenig Begeisterung dafür, dass der europäische Steuerzahler die US-amerikanischen Waffenhändler noch reicher macht, als sie es ohnehin schon sind.

Wie zu erwarten reagierte der ukrainische Diktator Wolodymyr Selenskyj mit Begeisterung. Hier sehen Sie Selenskyj zusammen mit der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, sowie dem Präsidenten der Europäischen Kommission, António Costa. Sie hielten am Tag der Ankündigung des Europäischen Rates ein trilaterales Treffen in Lefkosia, der Hauptstadt Zyperns, ab. Noch einmal: Die Eurokraten waren am 23. April, also vor zwei Tagen, in Zypern zu einem Treffen der EU-Staatschefs. Die zyprische Regierung unter Nikos Christodoulidis hat derzeit den rotierenden Vorsitz im Europäischen Rat inne. Nun fragen Sie sich vielleicht, warum ich Selenskyj als Diktator bezeichne. Nun, die Antwort ist einfach. Seine Amtszeit als Präsident ist vor fast zwei Jahren, im Mai 2024, abgelaufen, und er regiert weiterhin per Kriegsrecht. Selenskyj hat wiederholt erklärt – selbst als er von Donald unter Druck gesetzt wurde, Wahlen in der Ukraine abzuhalten –, dass er nach ukrainischem Recht während des Krieges keine Wahlen abhalten könne. Was er jedoch geflissentlich verschweigt, ist, dass er den Ausnahmezustand zum Zweck der Durchführung von Wahlen vorübergehend aufheben könnte. Er ignoriert auch, dass viele Staaten, darunter die Vereinigten Staaten und Russland, in Kriegszeiten Wahlen abgehalten haben. Es ist seit langem allgemein bekannt, dass Selenskyjs Regime nicht nur autokratisch, sondern zutiefst korrupt ist. Im vergangenen Jahr klagten die ukrainischen Behörden acht Personen wegen Bestechung, Amtsmissbrauchs und illegaler Bereicherung im Zusammenhang mit einem 100-Millionen-Dollar-Schmiergeldskandal an. Und einer der Angeklagten war Timur Mindich, Selenskys Geschäftspartner. Kurz bevor er verhaftet werden sollte, wurde Mindich offenbar gewarnt, denn er floh nach – Sie ahnen es schon – Israel, das ihm bereitwillig Asyl gewährte. Ich frage mich übrigens, wer Mindich gewarnt hat? Könnte es Selenskyj oder einer seiner Stellvertreter gewesen sein?

Nun, wie ich bereits erwähnt habe, erklärte der Europäische Rat in seiner Erklärung vom 23. April pompös, Zitat: „Die Finanzierung wird an strenge Auflagen seitens der Ukraine geknüpft, wie die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, einschließlich der Korruptionsbekämpfung“, Zitat Ende. Wenn der EU die Bekämpfung der Korruption in der Ukraine so sehr am Herzen liegt, warum hat sie dann nichts gegen Israels Entscheidung unternommen, den Flüchtigen Timur Mindich zu beherbergen? Soweit mir bekannt ist, hat weder von der Leyen noch irgendein anderer Vertreter der EU jemals auch nur ein Wort darüber verloren, dass Selenskys Geschäftspartner sich der Justiz entzieht, indem er sich in Israel versteckt. Vielleicht liegt das daran, dass die Eurokraten nicht wollen, dass Mindich den ukrainischen Behörden erzählt, was er über Selenskyj weiß. Aber das ist nur eine Vermutung. Auf jeden Fall sollte niemand die scheinheiligen Erklärungen der EU zur

Korruption in der Ukraine ernst nehmen, wenn sie nichts unternimmt, um Israel dazu zu drängen, Mindich an die ukrainischen Behörden auszuliefern.

Wie ich bereits angedeutet habe, bezeichnet die EU diese Finanzierung als Darlehen, aber die Vorstellung, dass die Ukraine dieses Geld jemals zurückzahlen wird, ist ein Wunschtraum. Die Industrie der Ukraine ist zerstört. Ihre Wirtschaft liegt in Trümmern. Wie ich bereits erwähnt habe, kann sie es sich nicht leisten, ihre Beamten zu bezahlen, und benötigt dafür ausländische Finanzhilfe, nur um die grundlegenden Funktionen der Regierung aufrechtzuerhalten. Zudem ist die Ukraine nach Kriegsbeginn im Februar 2022 zahlungsunfähig geworden und musste ihre Schulden umstrukturieren. Die Eurokraten wissen natürlich, dass die finanziellen Zwänge der Ukraine für die ganze Welt offensichtlich sind, daher haben sie davon gesprochen, Vermögenswerte der russischen Zentralbank zur Tilgung des Darlehens zu verwenden. Aber wenn sie tatsächlich rechtlich und wirtschaftlich in der Lage wären, Vermögenswerte der russischen Zentralbank in Höhe von etwa 300 Milliarden Dollar zu beschlagnahmen – diese wurden seit Kriegsbeginn aufgrund von Maßnahmen der EU-Regierungen und der US-Regierung eingefroren –, wenn sie tatsächlich in der Lage wären, diese Gelder zu konfiszieren, hätten sie dies inzwischen getan.

Und es ist mittlerweile ganz klar geworden, dass – unabhängig davon, ob es praktische Gründe sind – sprich, dass Investoren weltweit bei dem Gedanken in Panik geraten, ihr Geld könne jederzeit durch einen Erlass der Europäischen Union einfach gestohlen werden – oder ob sie glauben, dass die Gerichte ihnen das nicht durchgehen lassen werden, was meiner Meinung nach wahrscheinlich der Hauptgrund dafür ist, dass sie es bisher versäumt haben, diese Gelder zu beschlagnahmen; Tatsache ist: hätten sie sie beschlagnahmen können, hätten sie es längst getan. Sie haben es bisher nicht getan, weil sie es nicht können. Und so fangen sie an, um den Tag herumzudrucksen, an dem Russland besiegt sein wird und der Beschlagnahmung seiner rund 300 Milliarden Dollar an Zentralbankgeldern zustimmt.

Nun, das wird niemals passieren. Russland wird niemals zustimmen. Es wird nicht besiegt werden. Es gibt absolut keine Aussicht darauf, dass es besiegt wird. Das Beste, worauf die Ukraine mit massiver zusätzlicher Unterstützung in der Zukunft hoffen kann, ist eine Art Patt. Sie wird ihr Territorium niemals zurückerobern. Und das bedeutet also in Wirklichkeit, dass letztendlich die europäischen Steuerzahler die Rechnung für dieses 90-Milliarden-Euro-„Darlehen“ bezahlen müssen. Das Geld wird nicht zurückgezahlt werden, aber Europa wird an die Institutionen zurückzahlen müssen, von denen es das Geld leiht, um der Ukraine zu helfen. Und zu diesem Zeitpunkt wird die Rückzahlung direkt von den Steuerzahlern Europas kommen. Glauben Sie also keine Sekunde daran. Dieses Geld kommt aus der Tasche jedes einzelnen Europäers.

Aus einer Vielzahl von Gründen sollte dieses sogenannte Darlehen die Bürger der Europäischen Union in Rage versetzen. Erstens ist die EU finanziell so stark eingeschränkt, dass sie sich das Geld leihen musste. Sie ist nicht in der Lage, diese Hilfe für die Ukraine aus Mitteln zu leisten, über die sie derzeit verfügt. Und zahlreiche EU-Staaten, insbesondere Griechenland, Italien und Frankreich, sind bereits in extremem und gefährlichem Maße verschuldet. Zweitens sind, wie ich bereits erwähnt habe, Selenskyj und sein Regime

hoffnungslos korrupt. Drittens gibt es, wie ich argumentiert habe, keine vernünftige Aussicht darauf, dass die Ukraine diesen Krieg jemals gewinnen oder das verlorene Gebiet zurückerobert wird. Schließlich gewährt die EU der Ukraine diese massive Hilfe zu einer Zeit, in der der Kontinent durch den Krieg gegen den Iran in eine Wirtschaftskrise gestürzt wird – einen Krieg, der unter Verletzung des Völkerrechts von zwei Staaten begonnen wurde, die eigentlich Verbündete Europas sein sollten, nämlich den Vereinigten Staaten und Israel.

Warum hat dieses sogenannte Darlehen also keine Massenproteste in ganz Europa ausgelöst? Sind die Europäer durch die Propaganda über die angebliche russische Bedrohung so verblendet, dass sie sich von der Ukraine und mitschuldigen europäischen Regierungen ausnehmen lassen, insbesondere zu einer Zeit, in der sie selbst massive finanzielle Hilfe benötigen werden – aufgrund einer von den Vereinigten Staaten und Israel ausgelösten Wirtschaftskrise, die völlig vermeidbar gewesen wäre? Sind sie zu Schafen geworden? Nun, ich weiß, dass einige Europäer, die heute diesen Beitrag hören, meine Empörung teilen werden. Ich weiß, dass es heute auf dem gesamten Kontinent noch viel mehr von uns gibt. Aber offenbar ist unsere Zahl nicht groß genug, um die europäischen Regierungen davon abzuhalten, diesen jüngsten Akt der Kleptokratie zu begehen, denn genau das ist es. Dieses Geld wird dazu verwendet werden, den militärisch-industriellen Komplex und das korrupte Selenskyj-Regime zu bereichern, und es wird dem europäischen Volk nicht das Geringste nützen. Und tatsächlich wird es auch dem ukrainischen Volk nicht viel nützen.

Bevor ich nun zum Iran komme, möchte ich noch auf einige andere Aspekte dieser EU-Treffen in Zypern eingehen. Nicht nur Selenskyj wurde nach Zypern eingeladen, sondern auch bestimmte Autokraten aus Westasien. Zu ihnen gehörte der Diktator von Syrien, Al Julani. Wie Sie sich vielleicht erinnern, hatte die CIA erst letztes Jahr ein Kopfgeld von 10 Millionen Dollar auf diesen Terroristen ausgesetzt, doch nun wird er in den Hauptstädten der westlichen Welt herzlich empfangen – zuletzt, wie Sie hier sehen, vom zyprischen Präsidenten in Zypern während der EU-Treffen in dieser Woche. Al Julani, wie Sie sich vielleicht erinnern, und die von ihm befehligten Truppen waren für eine Reihe von Gräueltaten in ganz Syrien verantwortlich. Der syrische Staat leidet weiterhin enorm unter seinem illegitimen Regime. Er hat absolut nichts unternommen, um Israel zum Rückzug aus den Gebieten zu zwingen, die es illegal in Syrien besetzt hält. Und tatsächlich hat sich unter seiner Herrschaft die Fläche der von Israel besetzten Gebiete in Syrien dramatisch vergrößert, was vielleicht erklärt, warum er in den westlichen Machtzentren zu einem regelrechten Rockstar geworden ist.

Nicht nur dieser „bekehrte“ Terrorist wurde vom zyprischen Präsidenten herzlich empfangen, sondern auch die Autokraten Ägyptens und Jordaniens sowie der Vertreter des Golf-Kooperationsrats, der selbst aus einigen der grausamsten Autokratien der Welt besteht. Und obendrein luden die Zyprioten auch noch den libanesischen Staatschef, Herrn Aoun, ein. Nun, nach dem Treffen mit diesen Autokraten, Terroristen und Kleptokraten gab der Präsident des Europäischen Rates, António Costa, eine Erklärung zum Krieg gegen den Iran ab. Und ich möchte hier nur den dritten Absatz hervorheben: „Unsere Prioritäten“ – er spricht hier von den EU-Regierungen – „sind ebenso klar. Erstens, die Freiheit der Schifffahrt in der

Straße von Hormus wiederherzustellen. Zweitens, auf einen stabilen und dauerhaften Waffenstillstand hinzuarbeiten, der den Weg zu einem nachhaltigen Frieden in der Region ebnen könnte. Drittens und schließlich kann es keinen stabilen Nahen Osten mit einem atomar bewaffneten Iran geben, und die Europäische Union wird weiterhin zu diesem Ziel beitragen, wie sie es in der Vergangenheit getan hat.“

In dieser Erklärung findet sich kein einziges Wort der Kritik an den Vereinigten Staaten und Israel, obwohl jeder vernünftige und objektive Völkerrechtler weltweit anerkennt, dass dieser Krieg einen eklatanten Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen darstellt. Es ist das Verbrechen aller Verbrechen, ein Angriffskrieg. Das hat das Nürnberger Tribunal über Angriffskriege gesagt – sie sind das ultimative Übel. Nicht nur der Krieg selbst ist das ultimative Übel, sondern die USA und Israel haben zahlreiche Kriegsverbrechen begangen, Dutzende und Aberdutzende von Kriegsverbrechen im Iran, im Libanon, und führen derzeit weiterhin einen Völkermord in Gaza durch. Und tatsächlich hat Israel erst vor wenigen Tagen, ausgerechnet während eines Waffenstillstands, die weithin geschätzte libanesische Journalistin Amal Khalil ermordet. Und trotz alledem gibt es, wie ich bereits sagte, nirgendwo auch nur einen Hauch von Kritik oder eine Stellungnahme zum Verhalten Israels oder der Vereinigten Staaten während dieses Angriffskriegs.

Im Gegenteil, Costa perpetuiert die Lüge, dass der Iran nach einer Atomwaffe strebt, wenn er sagt, es könne keinen stabilen Nahen Osten mit einem atomar bewaffneten Iran geben. Er verleiht einer der Rechtfertigungen, die von den Vereinigten Staaten und Israel für den Beginn dieses Angriffskrieges vorgebracht wurden, nämlich dass der Iran angeblich nach einer Atomwaffe strebt, Legitimität oder versucht, ihr Legitimität zu verleihen. Costa erwähnt nicht die Tatsache, dass der Iran tatsächlich keine Atomwaffe besitzt, dass die Vereinigten Staaten und Israel seit Jahrzehnten behaupten, der Iran stehe kurz davor, eine Atomwaffe zu erlangen, dass der oberste Führer des Iran eine Fatwa erlassen hat, die Atomwaffen verbietet – eine Fatwa, die unseres Wissens nach nicht zurückgezogen wurde – und vor allem, dass Israel selbst über genügend Atomwaffen verfügt, um die gesamte Region zu zerstören, und der einzige Staat in Westasien ist, der nicht Mitglied des Atomwaffensperrvertrags ist. All das wird von António Costa ausgelassen.

Lassen Sie uns eines ganz klarstellen. Dies ist nur ein Beweisstück in einem Berg von Beweisen dafür, dass ganz Europa hinter diesem Angriffskrieg gegen den Iran steht. Ich habe es schon einmal gesagt. Ich werde es wieder und wieder und wieder sagen, um jedem, der bereit ist zuzuhören, die Botschaft unmissverständlich klarzumachen: Dies ist nicht einfach nur ein Angriffskrieg der USA und Israels gegen den Iran. Es ist ein westlicher Angriffskrieg gegen den Iran. Er wird auf vielfältige Weise unterstützt und begünstigt, nicht nur rhetorisch, wie zum Beispiel in dieser Erklärung. Genauso wie der Völkermord in Gaza ein westlicher Völkermord ist, nicht nur ein israelischer Völkermord, nicht nur ein US-israelischer Völkermord. Praktisch jedes einzelne westliche Land hat auf die eine oder andere Weise – und oft auf vielfältige Weise – den Völkermord in Gaza unterstützt und begünstigt.

Ein weiterer bemerkenswerter Aspekt dieser Treffen auf Zypern war die Diskussion um die Beistandsklausel der EU. Und hier ist ein Auszug aus einem Artikel, der vor zwei Tagen im

Guardian veröffentlicht wurde und besagt, dass der Präsident von Zypern, Nikos Christodoulidis, eine Diskussion darüber gefordert hat, wie der EU-Beistandsklausel – Artikel 42.7 des EU-Vertrags – Substanz verliehen werden kann. Dieser Artikel verpflichtet die Mitgliedstaaten, einem anderen Mitgliedstaat, der Opfer einer bewaffneten Aggression auf seinem Hoheitsgebiet ist, „Hilfe und Beistand mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln“ zu leisten. Zypern, das kein NATO-Mitglied ist, möchte, dass die EU diese Klausel ernster nimmt, nachdem im März eine Drohne eine britische Basis auf der Insel getroffen hat. Die Klausel wurde bisher nur einmal von Frankreich nach den Terroranschlägen von Paris im Jahr 2015 aktiviert, doch viele Beamte sind sich unsicher, wie sie in der Praxis funktioniert.

Lassen Sie uns das also einmal aufschlüsseln, sollen wir? Zunächst einmal glaube ich nicht, dass die iranische Regierung oder das iranische Militär jemals zugegeben hat, dass sie den Militärstützpunkt Akrotiri im Süden Zyperns angegriffen haben, über den ich während des Völkermords mehrfach berichtet habe, und ich habe dokumentiert, wie dieser Militärstützpunkt während des Völkermords und während der Kriege gegen den Iran riesige Mengen an Waffen und anderer militärischer Ausrüstung nach Israel geschickt hat. Lassen Sie uns also ganz klar sein. Wenn die Iraner diese Militärbasis tatsächlich angegriffen hätten, wäre das kein Akt der Aggression. Das wäre aktive Selbstverteidigung, denn diese Militärbasis unterstützt und begünstigt einen Völkermord im besetzten Palästina und einen kriminellen Angriffskrieg gegen den Iran – und zwar tagtäglich. Eine Tatsache, die Christodoulidis, der ein so genozidfreundlicher Politiker ist, wie man ihn im Westen nur finden kann, in seinen öffentlichen Äußerungen geflissentlich ignoriert.

Aber wie gesagt, das iranische Militär hat meines Wissens nach nie offiziell bestätigt, dass es die Militärbasis Akrotiri angegriffen hat. Und man sollte es Israel durchaus zutrauen, eine False-Flag-Aktion inszeniert zu haben, oder vielleicht sogar einem anderen europäischen Land, um zu versuchen, die Europäer dazu zu bewegen, direkt in den Krieg gegen den Iran einzutreten und ihre eigenen Streitkräfte in eine Art Selbstmordmission zu schicken, wie zum Beispiel den Versuch, die Straße von Hormus zu räumen. Letztendlich räumt der zyprische Präsident mit diesem Appell implizit ein, dass die Briten und die Amerikaner sowie andere westliche Mächte, die Akrotiri nutzen, das zyprische Volk gefährden, indem sie diesen Teil der Insel dazu nutzen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen und einen Angriffskrieg gegen den Iran zu führen. Genau so sollten die guten Menschen auf Zypern diesen bedrohlichen Appell des Präsidenten an seine EU-Amtskollegen verstehen.

Nun zu weiteren Nachrichten: Der iranische Außenminister befindet sich heute in Islamabad, Pakistan, um Gespräche über den andauernden Krieg gegen die völkermörderische Entität und das Epstein-Regime zu führen. Dies ist übrigens Teil einer Rundreise mit mehreren Stationen, die der iranische Außenminister unternimmt. Anscheinend wird er auf dieser Reise auch nach Moskau reisen. Als Trump von der Reise des iranischen Außenministers nach Pakistan erfuhr, entsandte er umgehend Steve Witkoff und Jared Kushner nach Pakistan. Und Sie werden hier feststellen, dass „The Guardian“, von dem ich dieses Foto und diese Schlagzeile als Screenshot genommen habe, das Wort „Hoffnung auf erneute Friedensgespräche mit dem Iran“ verwendet. Er verbindet Hoffnung mit den Schwindlern

Jared Kushner und Steve Witkoff. Und tatsächlich begannen The Guardian und andere schamlose westliche Medien zu spekulieren, sobald sie erfuhren, dass der iranische Außenminister in Pakistan war und dass diese beiden Betrüger dorthin unterwegs waren, dass ein Treffen zwischen den Iranern und den Amerikanern kurz bevorstünde und dass direkte Friedensverhandlungen von Angesicht zu Angesicht wieder aufgenommen würden.

Nun, die Konzernmedien lügen weiterhin über die Aussichten auf erfolgreiche Friedensverhandlungen – falls Sie das noch nicht bemerkt haben –, weil sie wegen des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs in Panik geraten sind, der durch die explodierenden Öl- und Gaspreise sowie die Unterbrechung der Lieferungen anderer wichtiger Rohstoffe wie Harnstoff für Düngemittel und Aluminium aus dem Persischen Golf verursacht wird. Sie unterstützen offensichtlich Trumps Bemühungen, die Rohstoffmärkte zu manipulieren und zu verhindern, dass die Preise für wichtige Rohstoffe auf ein unkontrollierbares Niveau steigen. Sie tun dies, obwohl die iranische Regierung erklärt hat, dass sie nicht vorhat, sich mit den Gaunern oder anderen Vertretern des Epstein-Regimes zu treffen.

Und genau das hat das iranische Außenministerium heute tatsächlich getan. Der Sprecher des Außenministeriums gab gestern eine Erklärung ab, in der es hieß: „Wir treffen in Islamabad zu einem offiziellen Besuch ein. Außenminister Araghchi wird sich mit hochrangigen pakistanischen Beamten treffen, im Einklang mit deren laufenden Vermittlungsbemühungen und guten Diensten zur Beendigung des von den USA aufgezwungenen Angriffskriegs und zur Wiederherstellung des Friedens in unserer Region. Es ist kein Treffen zwischen dem Iran und den USA geplant. Die Standpunkte des Iran werden Pakistan übermittelt.“ Stellen wir also eines ganz klar: Die Straße von Hormus bleibt weiterhin weitestgehend geschlossen. Sie unterliegt weiterhin vollständig der Kontrolle des iranischen Militärs. Und solange die US-Blockade der iranischen Häfen andauert – Trump hat sie, soweit wir wissen, aufrechterhalten, auch wenn sie, gelinde gesagt, nicht ganz erfolgreich darin war, iranische Frachtschiffe daran zu hindern, die Straße von Hormus zu passieren –, behindert sie dennoch in gewissem Maße den Verkehr zu und von den iranischen Häfen. Das ist ein Akt der Kriegführung, das ist ein Verstoß gegen den Waffenstillstand, und daher können wir davon ausgehen, dass es keine Friedensverhandlungen geben wird, sicherlich keine persönlichen Gespräche, nichts, was an Ernsthaftigkeit heranreicht, um uns Anlass zu Optimismus zu geben, solange das Embargo – oder besser gesagt: die Blockade – aufrechterhalten wird.

Nun wird schließlich berichtet, dass der US-Flugzeugträger „George W. Bush“ entweder in den Gewässern nahe dem Iran eintrifft oder bereits dort angekommen ist. Das US-Militär teilt uns mit, dass er sich nun im Einsatzgebiet des CENTCOM befindet, das Westasien abdeckt. Ob sie die Wahrheit sagen oder nicht, ist unklar. Aber eines ist sicher: Die „George W. Bush“ nähert sich der Region, und falls sie noch nicht dort angekommen ist, wird sie dies wahrscheinlich sehr bald tun. Interessanterweise hatte die „George W. Bush“ die Möglichkeit, über das Rote Meer in die Region zu fahren, entschied sich jedoch, einen weiteren Zusammenstoß mit der jemenitischen Ansar Allah zu vermeiden, und nahm stattdessen die weitaus längere Route um das Horn von Afrika. Auf jeden Fall befinden sich nun drei

US-Flugzeugträger in der Region. Einer davon, die „Gerald R. Ford“, befindet sich Berichten zufolge im nördlichen Roten Meer, nachdem sie aufgrund eines ziemlich verheerenden Brandes in ihrer Wäscherei umfangreiche Reparaturen über sich ergehen lassen musste – zumindest wurde uns dies als Grund für die Reparaturen genannt. Ich glaube, es ist gut 20 bis 30 Jahre her, dass die Vereinigten Staaten drei Flugzeugträger gleichzeitig in der Region hatten. Das ist offensichtlich kein gutes Zeichen. Ich würde sagen – und habe dies immer wieder betont –, dass, sobald diese militärischen Ressourcen vom US-Militär unter großem Aufwand und hohen Kosten stationiert wurden, die Versuchung, sie einzusetzen, mit ziemlicher Sicherheit überwältigend sein wird. Ich könnte mir vorstellen, dass Trump bereits die Entscheidung getroffen hat, genau das zu tun.

Das scheint jedenfalls die Meinung der chinesischen Regierung zu sein, denn gestern hat die chinesische Regierung eine bedrohliche Warnung herausgegeben. Sie forderte ihre Staatsangehörigen erneut auf, den Iran unter Berufung auf Sicherheitsrisiken unverzüglich zu verlassen. Und wie in diesem Artikel von Turkey Today erwähnt, hatten die chinesischen Behörden bereits am 27. Februar, nur einen Tag bevor die US-amerikanischen und israelischen Angriffe auf den Iran die aktuelle Eskalation auslösten, eine ähnliche Evakuierungswarnung herausgegeben. Meine Gedanken, mein Mitgefühl und meine Solidarität gelten den guten Menschen im Iran, die sich einem weiteren Angriff dieses kriminellen Epstein-Regimes gegenübersehen. Ich bin jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass die Amerikaner, selbst wenn sie diesen Weg einschlagen, letztendlich eine schmachvolle Niederlage erleiden werden und Donald Trump früher oder später den Preis dafür zahlen muss, indem er der Islamischen Republik Iran erhebliche Zugeständnisse macht.

Das ist vorerst mein Bericht. Ich möchte nur noch eine Sache hinzufügen, eine Information, die für unser Publikum von großem Interesse sein könnte, und zwar, dass ich vor etwa einer Stunde das Privileg hatte, den Außenminister von Jemen und den amtierenden Außenminister zu interviewen. Wir führten ein langes und faszinierendes Gespräch über die mögliche Sperrung der Meerenge von Bab el-Mandeb, die saudischen Ölexporte über den Hafen von Yanbu am Roten Meer. Wir sprachen darüber, ob Israel strategisch besiegt wurde, über die Zurückhaltung der US-Marine, gegen den Jemen vorzugehen, und über vieles mehr. Wir hoffen, dieses Interview morgen, am Sonntag, dem 26. April, veröffentlichen zu können, vorausgesetzt, wir bekommen die Übersetzung rechtzeitig fertig. Es wird innerhalb der nächsten 24 Stunden oder so auf unserer Website zu finden sein. Für den Moment melde ich mich aus Kalamata, Griechenland, für Reason2Resist am 25. April 2026 ab.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:
E-Mail:
PayPal@acTVism.org

PATREON:
<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:
Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org
